5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Leipzigerstraße 12 bis 14 bezw. Kölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Brunnenstraße 49 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1463). Verantwortlich für die Redaktion: Otto Bieder in Halle/S.

Nummer 331 | Halle, Freitag den 30. November | 1917

Der Reichskanzler über das russische Friedensangebot

Berlin, 29. November. Reichskanzler Graf von Hertling machte heute im Reichstage folgende Mitteilung: „Die russische Regierung hat gestern von Zarskoje Selo aus ein von dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Herrn Trotzky und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierung und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.“ (Im übrigen siehe Seite 2.)

Um Waffenstillstand und Frieden.

Trotzkis Auseinandersetzung mit den bisherigen Verbündeten.

Paris, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps“ meldet: Trotzki gab der Presse Erklärungen über die internationale Lage. Er bedauerte die feindliche Haltung Englands, das durch den Krieg am meisten zu gewinnen und am wenigsten zu verlieren habe. Frankreich habe den russischen Friedensschritt mit der Bildung eines Kabinetts beantwortet, das offenbar entschlossen sei, den Krieg bis zu Ende zu führen. Trotzki sprach die Hoffnung aus, Italien werde sich nachgiebiger verhalten. Er machte Amerika den Vorwurf, nicht selbstlos und im Interesse der Menschheit in den Krieg eingetreten zu sein, sondern lediglich, um den völligen Ruin Europas herbeizuführen und dadurch seinen Finanzen einen neuen Aufschwung zu geben. Jetzt, da die Vereinigten Staaten ihr Ziel erreicht hätten, sei es möglich, daß sie die russischen Vorschläge wohlwollender aufnehmen würden. Der „Temps“ fügt hinzu: Diese Erklärungen hätten selbst in den Kreisen der Bolschewiki einen denkbar schlechten Eindruck gemacht.

Die Stellungnahme der Armee.

(W. T. B.) **Amsterdam**, 29. November. „N. Rott. Courant“ zufolge meldet „Daily Telegraph“ aus Petersburg vom 26. November: Die Armee steht durchweg Lenins Friedensvorschlag mit Verbehalt an. Nur ein Viertel war bereit einzuschlagen, mit den Deutschen Verhandlungen zu beginnen. Der Allgemeine Heeresausschuß im Hauptquartier weigerte sich, Krylenko als Oberbefehlshaber anzuerkennen. Er wird ihn nur dann ins Hauptquartier zulassen, wenn er als Privatmann kommt. Tscheremisow, der Befehlshaber der nördlichen Front, weigerte sich ebenfalls, Krylenko anzuerkennen. Krylenko ging darauf zur dritten Armee und bewirkte, daß der General Boldyrew gefangen wurde. Duchonin sitzt bereits fester im Sattel. Verschiedene Heeresausschüsse machten bekannt, daß sie ihn unterstützen würden. Die Heeresausschüsse von der rumänischen Front verlangten telegraphisch vom Volkswohlfahrtsausschuß, er möge dem Bürgerkrieg ein Ende machen und eine sozialistische Koalitionsregierung bilden.

Rotterdam, 29. November. Aus Petersburg wird gemeldet: Der revolutionäre Ausschuß in Minsk meldet, daß General Baluiew, der Kommandierende an der Westfront, abgesetzt wurde, weil er nicht mit den Deutschen über einen Waffenstillstand verhandeln wollte. Er wurde durch einen Maximalisten ersetzt. (Berl. L.-A.)

Lenin droht mit dem Staatsbankrott.

(T. U.) **Amsterdam**, 29. November. Aus einem Gespräch Lenins mit einem Abgeordneten des 40. Armeekorps geht hervor, daß die russische Regierung entschlossen ist, finanzielle Maßnahmen gegen die Entente zu treffen. Lenin erklärte: Wenn die Alliierten sich unseren Wünschen nicht fügen, so haben wir kräftige Mittel, sie zum Gehorsam zu zwingen. Wir können den Staatsbankrott für Rußland erklären, wodurch alle Anleihen der Entente und die späteren Verpflichtungen Rußlands gegenüber den Alliierten verloren werden.

Trotzki wendet sich an die Neutralen.

Zürich, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Trotzki hat, wie aus Bern berichtet wird, den Vertretern der sieben neutralen europäischen Staaten in Anlehnung eine Note übersandt, durch die er die Vorschläge bekannt gibt, die den Botschaftern der Entente zur Beziehung auf den Waffenstillstand und Frieden gemacht wurden. Trotzki wünscht von den Neutralen die amtliche Uebermittlung dieser Vorschläge an die Regierungen der Mittelmächte. Der Schweizer Gesandte bestätigte den Umfang dieser Note. Der Schweizer Bundesrat beschloß seinerseits, bei der Petersburger Gesandtschaft noch genaue Erkundigungen einzuholen und im Besonderen die Mitteilung der Vorschläge zu verlangen, die den Botschaftern der Verbündeten in Petersburg gemacht wurden. Demgegenüber behielt sich der Bundesrat seinen Entscheid über das Begehren Trotzkis vor, wobei bemerkt wird, daß die Schweiz in Rußland keine fremden Interessen vertritt und von Rußland nie um Vertretung seiner Interessen in kriegführenden Ländern angegangen wurde.

Beredtes Schweigen in Frankreich.

(W. T. B.) **Bern**, 29. November. Die französische Presse hebt, die russischen Veröffentlichungen, wie Ro Gosi vorläufig nicht ab, fordert nur ein kaltes Petersburger Telegramm, wonach Zweck die Verständigung vernimmt, um sein in Arbeiter und Soldaten rat gegebenes Versprechen zu halten. Nebenzwei müsse man jetzt, wo ein Vorschlag auf Waffenstillstand erfolgt sei, offen sein, denn alle Verträge und Abmachungen hätten ihren Wert für die Arbeiter und Bauern wie für die die Macht Besitzenden verloren.

Ein Notruf aus der Armee.

Kopenhagen, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Haparanda wird uns gemeldet: „Nowaja Shisn“ veröffentlicht einen Aufruf der zwölften Armee, worin augenblickliche Zusendung von Proviant verlangt wird, da sich weder Mehl noch Hafer mehr an der Front befänden. Die Truppen hätten ihre letzten Vorräte aufgezehrt und müßten nunmehr die Schützengräben verlassen, um sich Brot zu verschaffen. Die Millionenarmee werde dadurch gezwungen, die Front zu öffnen. Kein Gesetz könne sie daran hindern.

Betriebseinstellungen in Petersburg.

Genf, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) „Journal“ meldet aus Petersburg: Infolge der Schwierigkeiten in der Brennstoffversorgung beginnen die Fabriken stillzustehen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt von Tag zu Tag zu. Die Newski-Werke, die 7000 Arbeiter beschäftigten, wurden geschlossen. Man befürchtet, daß auch die Putilow-Werke den Betrieb einstellen werden.

Die Wahlen in Rußland.

(W. T. B.) **Petersburg**, 29. November. (Petersburger-Telegraphen-Agentur.) Der Wahlfeldzug für die verfassungsbildende Versammlung vollzieht sich ohne große Bewegung bei wenig Versammlungen und geringer Pressetätigkeit. In vielen Städten wie Chabarowsk, Katuga und Penza usw. verlaufen die Wahlen unter normalen Umständen.

Zürich, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Matin“ berichtet: Der englische Botschafter Buchanan sei in Finnland von Anhängern Lenins und Trotzkis festgehalten worden.

*

Eröffnung der Pariser Konferenz

(W. T. B.) **Paris**, 29. November. Havas meldet: Carbona ist heute morgen angekommen. Am Quai d'Orsay ist heute die Konferenz der Alliierten eröffnet worden. In einer kurzen Ansprache begrüßte Clémenceau die Abgeordneten und betonte die Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse. Dann begannen die Abgeordneten die Aufteilung der Arbeiten unter die Ausschüsse. Die Konferenz ist die vierte in Paris abgehaltene. Sie vereinigt diesmal Abgeordnete aller alliierten Länder.

Eine neue Botschaft Wilsons.

(W. T. B.) **Bern**, 29. November. „Progrès de Lyon“ meldet aus Washington: Wilson arbeite eine neue Kriegsbotschaft aus, die er am 4. Dezbr. dem Kongreß vorlegen werde. Die Botschaft werde in ihrer Bedeutung derjenigen, die die Kriegserklärung an Deutschland forderte, nicht nachstehen.

Massenverhaftungen in Spanien.

Rotterdam, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) „N. Rott. Courant“ schreibt: In Spanien ist die Regierung zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung sehr scharf eingeschritten. Berichten aus Madrid zufolge sollen nicht weniger als 7000 Mitglieder der sozialistischen Partei verhaftet worden sein. Auch die Kriegsgerichte sollen kurzen Prozeß gemacht haben. Verschiedene Sozialistenführer, darunter auch der Madrider Hochschullehrer Becteiros, wurden zu 20jähriger Zwangsarbeit verurteilt. Obwohl die Regierung den Platz des Professors Becteiros für erledigt erklärt, weigert sich die Fakultät, einen anderen Professor zu wählen.

Die geheimnisvolle Konferenz.

(W. T. B.) **London**, 29. November. (Reuter.) Auf eine Anfrage über die aus Petersburg stammende Meldung von einer angeblich im September in der Schweiz stattgehabten internationalen Konferenz von Finanzleuten erklärte der Unterstaatssekretär im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Lord Robert Cecil: Wenn eine solche Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, so hat mein Wissens kein englischer Staatsangehöriger daran teilgenommen. Sicher ist keinem ein Paß gegeben worden, um ihn dazu in den Stand zu setzen. Auch sind keine Mitteilungen irgendwelcher Art über den Gegenstand zwischen der englischen und der französischen Regierung erfolgt.

Schiffsverluste.

Bern, 28. November. „Petit Parisien“ meldet aus Rouen: Das Frachtboot „Maine“ verschwand am 20. November, zehn Kilometer vom Hafen entfernt. Das Schiff ging mit Mann und Maus unter. Ein einziger Matrose wurde gerettet.

Bern, 29. November. „Gomme Libre“ meldet aus London: Der französische Dampfer „St. M.“ ist infolge Zusammenstoßes mit einem anderen Dampfer gesunken.

Von den Kampffronten.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 29. Novbr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bayrische Sturmtrupps holten östlich von Merckem einen Offizier, 46 Mann und zwei Maschinengewehre aus den belgischen Linien. Tagüber lag starkes Feuer bei Poelkapelle und zwischen Becelaere und Gheluvelt.

Oestlich von Arras erhöhte Artillerietätigkeit.

Südwestlich von Cambrai ruhte gestern der Kampf. Zwischen Moeuvres und Bourlon bei Fontaine und Crevecour war das Feuer zeitweilig gesteigert; auch Cambrai wurde von den Engländern beschossen. Kleinere Vorfeldgefechte brachten Gefangene und Maschinengewehre ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf beiden Maasufern lebte das Feuer am Nachmittage auf. Eigene Erkundungen verliefen erfolgreich. Bei Dieppe wurde ein französischer Vorstoß abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz und mazedonische Front

keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Italienische Angriffe gegen unsere Gebirgsstellung auf dem Westufer der Brenta und auf den Mte. Tomba scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

(W. T. B.) **Berlin**, 29. Novbr., abends. (Amtlich.) Starkes Artilleriefeuer bei Poelkapelle.

Westlich von Bourlon ist ein englischer Angriff für uns erfolgreich gescheitert.

Von den anderen Fronten nichts Neues.

(W. T. B.) **Berlin**, 29. November. In Flandern lag am 28. November auf dem Abschnitt von Woelsapelle bis nördlich Paschendaele ununterbrochen heftiger Beschuß. Von 11 Uhr vormittags ab richtete sich sehr starkes Feuer auf unsere Linie nördlich Becelaere und zur Straße Ypern—Menin, das sich zu einstündigem Trommelfeuer in Gegend Gheluvelt steigerte. Feindliche gestaffelte Angriffe kamen in unserem wirkungsvoll zusammengeballten Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung. Auch nachmittags erhielt der Abschnitt Blauwaartsee—Zandvoorde bei lang andauerndem starken Beschuß. Besonderer Nachdruck lag auch auf unseren Stellungen beiderseits Bullscheu, wo bei den morgendlichen Unternehmungen bayerischer Stoßtrupps der Feind außer der gemeldeten Gefangenenzahl schwere blutige Verluste hatte. Um 6 Uhr abends wurde hier eine starke feindliche Abteilung, die nach heftiger Artillerievorbereitung vorstieß, im Handgranatenkampf und Nahkampf zurückgeworfen. Am Abend wurde unsere Stellung zwischen der Küste und dem Nieuport-Kanal bis zum Houthoulster Walde planmäßig mit allen Kalibern beschossen. Um 8 Uhr 30 Minuten abends schwoll das Feuer in Gegend Paschendaele vorübergehend trommelfeuerartig an und erreichte gegen Mitternacht große Heftigkeit.

Südlich der Scarpe wurden bei teils lebhafter Feuertätigkeit feindliche Patrouillen abgewiesen.

Auf dem Hauptkampffelde westlich Cambrai steigerte sich nach verhältnismäßig ruhiger Nacht am Vormittage das 28. Novbr. das feindliche Feuer auf dem Abschnitt von Doueni bis Bourlon zu großer Stärke. Feindliche Patrouillen, die gegen Moeuvres und Bourlon vorstießen, wurden verjagt. Am Nachmittage schwoll auch bei Fontaine und Crevecour das Feuer zeitweilig an. Am Abend nahm das feindliche Artillerie- und Minenfeuer vor allem beiderseits der Straße Arras—Cambrai und im Abschnitt von Vuiscourt bis La Folie und zwischen Moeuvres und Bourlon zu. Die Stadt Cambrai wurde wiederum vom Feinde beschossen. Abendliche feindliche Ansammlungen bei Graincourt, Anneux und Le Pave wurden unter Vernichtungsfeuer genommen.

Westlich und östlich der Maas wurden bei nachmittags aufflammendem Artilleriefeuer stärkere französische Abteilungen unter erheblichen Feindesverlusten abgewiesen.

In Italien brachen erneut italienische Angriffe auf dem Westufer der Brenta und am Mte. Tomba unter schweren Verlusten für die Italiener zusammen.

*

(W. T. B.) **Wien**, 29. November. Amtlich wird verlautbart:

An der Brenta und auf dem Monte Tomba wurden italienische Angriffe abgeschlagen. Sonst nichts zu melden.

Der Chef des Generalstabes.

Die Kämpfe am Grappa-Berge.

(T. U.) **Lugano**, 29. November. Ueber die Kämpfe am Grappa-Berge schreibt der Vertreter des „Secolo“: Die deutschen Sturmtruppen rücken mit übermenschlicher Standhaftigkeit vor. Obwohl die italienischen Stellungen bis zum letzten Blutstropfen verteidigt werden, bleibt die Lage außerordentlich ernst.

Schwierige Lage der Rumänen.

(W. T. B.) **Bern**, 29. November. „Progrès de Lyon“ meldet: Die Lage des rumänischen Heeres sei besonders infolge der letzten Vorfälle in Rußland ungemein schwierig und bilde einen Gegenstand ernster Besorgnis für die Alliierten.

Um Waffenstillstand und Frieden.

Trotzkis Auseinandersetzung mit den bisherigen Verbündeten.

Paris, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps“ meldet: Trotzki gab der Presse Erklärungen über die internationale Lage. Er bedauerte die feindliche Haltung Englands, das durch den Krieg am meisten zu gewinnen und am wenigsten zu verlieren habe. Frankreich habe den russischen Friedensschritt mit der Bildung eines Kabinetts beantwortet, das offenbar entschlossen sei, den Krieg bis zu Ende zu führen. Trotzki sprach die Hoffnung aus, Italien werde sich nachgiebiger verhalten. Er machte Amerika den Vorwurf, nicht selbstlos und im Interesse der Menschheit in den Krieg eingetreten zu sein, sondern lediglich, um den völligen Ruin Europas herbeizuführen und dadurch seinen Finanzen einen neuen Aufschwung zu geben. Jetzt, da die Vereinigten Staaten ihr Ziel erreicht hätten, sei es möglich, daß sie die russischen Vorschläge wohlwollender aufnehmen würden. Der „Temps“ fügt hinzu: Diese Erklärungen hätten selbst in den Kreisen der Bolschewiki einen denkbar schlechten Eindruck gemacht.

Die Stellungnahme der Armee.

(W. T. B.) **Amsterdam**, 29. November. „N. Rott. Courant“ zufolge meldet „Daily Telegraph“ aus Petersburg vom 26. November: Die Armee steht durchweg Lenins Friedensvorschlag mit Verbehalt an. Nur ein Viertel war bereit einzuschlagen, mit den Deutschen Verhandlungen zu beginnen. Der Allgemeine Heeresausschuß im Hauptquartier weigerte sich, Krylenko als Oberbefehlshaber anzuerkennen. Er wird ihn nur dann ins Hauptquartier zulassen, wenn er als Privatmann kommt. Tscheremisow, der Befehlshaber der nördlichen Front, weigerte sich ebenfalls, Krylenko anzuerkennen. Krylenko ging darauf zur dritten Armee und bewirkte, daß der General Boldyrew gefangen wurde. Duchonin sitzt bereits fester im Sattel. Verschiedene Heeresausschüsse machten bekannt, daß sie ihn unterstützen würden. Die Heeresausschüsse von der rumänischen Front verlangten telegraphisch vom Wohlfahrtsausschuß, er möge dem Bürgerkrieg ein Ende machen und eine sozialistische Koalitionsregierung bilden.

Rotterdam, 29. November. Aus Petersburg wird gemeldet: Der revolutionäre Ausschuß in Minsk meldet, daß General Baluiew, der Kommandierende an der Westfront, abgesetzt wurde, weil er nicht mit den Deutschen über einen Waffenstillstand verhandeln wollte. Er wurde durch einen Maximalisten ersetzt. (Berl. L.-A.)

Lenin droht mit dem Staatsbankrott.

(T. U.) **Amsterdam**, 29. November. Aus einem Gespräch Lenins mit einem Abgeordneten des 40. Armeekorps geht hervor, daß die russische Regierung entschlossen ist, finanzielle Maßnahmen gegen die Entente zu treffen. Lenin erklärte: Wenn die Alliierten sich unseren Wünschen nicht fügen, so haben wir kräftige Mittel, sie zum Gehorsam zu zwingen. Wir können den Staatsbankrott für Rußland erklären, wodurch alle Anleihen der Entente und die späteren Verpflichtungen Rußlands gegenüber den Alliierten verloren werden.

Trotzki wendet sich an die Neutralen.

Zürich, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Trotzki hat, wie aus Bern berichtet wird, den Vertretern der sieben neutralen europäischen Staaten in Anlehnung eine Note übersandt, durch die er die Vorschläge bekannt gibt, die den Botschaftern der Entente zur Beziehung auf den Waffenstillstand und Frieden gemacht wurden. Trotzki wünscht von den Neutralen die amtliche Uebermittlung dieser Vorschläge an die Regierungen der Mittelmächte. Der Schweizer Gesandte bestätigte den Umfang dieser Note. Der Schweizer Bundesrat beschloß seinerseits, bei der Petersburger Gesandtschaft noch genaue Erkundigungen einzuholen und im Besonderen die Mitteilung der Vorschläge zu verlangen, die den Botschaftern der Verbündeten in Petersburg gemacht wurden. Demgegenüber behielt sich der Bundesrat seinen Entscheid über das Begehren Trotzkis vor, wobei bemerkt wird, daß die Schweiz in Rußland keine fremden Interessen vertritt und von Rußland nie um Vertretung seiner Interessen in kriegführenden Ländern angegangen wurde.

Beredtes Schweigen in Frankreich.

(W. T. B.) **Bern**, 29. November. Die französische Presse hebt die russischen Veröffentlichungen, wie Ro Gosi vorläufig nicht ab, fordert nur ein kaltes Petersburger Telegramm, wonach Zweck die Verständigung vernimmt, um sein in Arbeiter und Soldatenrat gegebenes Versprechen zu halten. Nebenzwei müsse man jetzt, wo ein Vorschlag auf Waffenstillstand erfolgt sei, offen sein, denn alle Verträge und Abmachungen hätten ihren Wert für die Arbeiter und Bauern wie für die die Macht Besitzenden verloren.

Ein Notruf aus der Armee.

Kopenhagen, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Haparanda wird uns gemeldet: „Nowaja Shisn“ veröffentlicht einen Aufruf der zwölften Armee, worin augenblickliche Zusendung von Proviant verlangt wird, da sich weder Mehl noch Hafer mehr an der Front befänden. Die Truppen hätten ihre letzten Vorräte aufgezehrt und müßten nunmehr die Schützengräben verlassen, um sich Brot zu verschaffen. Die Millionenarmee werde dadurch gezwungen, die Front zu öffnen. Kein Gesetz könne sie daran hindern.

Betriebseinstellungen in Petersburg.

Genf, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) „Journal“ meldet aus Petersburg: Infolge der Schwierigkeiten in der Brennstoffversorgung beginnen die Fabriken stillzustehen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt von Tag zu Tag zu. Die Newski-Werke, die 7000 Arbeiter beschäftigten, wurden geschlossen. Man befürchtet, daß auch die Putilow-Werke den Betrieb einstellen werden.

Die Wahlen in Rußland.

(W. T. B.) **Petersburg**, 29. November. (Petersburger-Telegraphen-Agentur.) Der Wahlfeldzug für die verfassungsbildende Versammlung vollzieht sich ohne große Bewegung bei wenig Versammlungen und geringer Pressetätigkeit. In vielen Städten wie Chabarowsk, Katuga und Penza usw. verlaufen die Wahlen unter normalen Umständen.

Zürich, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Matin“ berichtet: Der englische Botschafter Buchanan sei in Finnland von Anhängern Lenins und Trotzkis festgehalten worden.

*

Eröffnung der Pariser Konferenz

(W. T. B.) **Paris**, 29. November. Havas meldet: Carbona ist heute morgen angekommen. Am Quai d'Orsay ist heute die Konferenz der Alliierten eröffnet worden. In einer kurzen Ansprache begrüßte Clémenceau die Abgeordneten und betonte die Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse. Dann begannen die Abgeordneten die Aufteilung der Arbeiten unter die Ausschüsse. Die Konferenz ist die vierte in Paris abgehaltene. Sie vereinigt diesmal Abgeordnete aller alliierten Länder.

Eine neue Botschaft Wilsons.

(W. T. B.) **Bern**, 29. November. „Progrès de Lyon“ meldet aus Washington: Wilson arbeite eine neue Kriegsbotschaft aus, die er am 4. Dezbr. dem Kongreß vorlegen werde. Die Botschaft werde in ihrer Bedeutung derjenigen, die die Kriegserklärung an Deutschland forderte, nicht nachstehen.

Massenverhaftungen in Spanien.

Rotterdam, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) „N. Rott. Courant“ schreibt: In Spanien ist die Regierung zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung sehr scharf eingeschritten. Berichten aus Madrid zufolge sollen nicht weniger als 7000 Mitglieder der sozialistischen Partei verhaftet worden sein. Auch die Kriegsgerichte sollen kurzen Prozeß gemacht haben. Verschiedene Sozialistenführer, darunter auch der Madrider Hochschullehrer Becteiros, wurden zu 20jähriger Zwangsarbeit verurteilt. Obwohl die Regierung den Platz des Professors Becteiros für erledigt erklärt, weigert sich die Fakultät, einen anderen Professor zu wählen.

Die geheimnisvolle Konferenz.

(W. T. B.) **London**, 29. November. (Reuter.) Auf eine Anfrage über die aus Petersburg stammende Meldung von einer angeblich im September in der Schweiz stattgehabten internationalen Konferenz von Finanzleuten erklärte der Unterstaatssekretär im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Lord Robert Cecil: Wenn eine solche Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, so hat mein Wissens kein englischer Staatsangehöriger daran teilgenommen. Sicher ist keinem ein Paß gegeben worden, um ihn dazu in den Stand zu setzen. Auch sind keine Mitteilungen irgendwelcher Art über den Gegenstand zwischen der englischen und der französischen Regierung erfolgt.

Schiffsverluste.

Bern, 28. November. „Petit Parisien“ meldet aus Rouen: Das Frachtboot „Maine“ verschwand am 20. November, zehn Kilometer vom Hafen entfernt. Das Schiff ging mit Mann und Maus unter. Ein einziger Matrose wurde gerettet.

Bern, 29. November. „Gomme Libre“ meldet aus London: Der französische Dampfer „St. M.“ ist infolge Zusammenstoßes mit einem anderen Dampfer gesunken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191711303/fragment/page=0001

Die Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 29. November.

Der Reichstag hat schon dem Aeußern nach das Aussehen eines großen Tages: Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Bundesratstribüne sieht man zum ersten Mal die neuernannten Regierungsmänner, die sich gegenseitig lebhaft begrüßen. Unter der Loge erscheinen der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und die Prinzessin August Wilhelm. In der Diplomatenloge werden die Vertreter der verbündeten Staaten sichtbar. Gegen ¼4 Uhr erscheint die schmächtige Gestalt des Grafen Hertling an dem Platze, an dem man so lange Zeit die mächtige Gestalt des Herrn von Bethmann Hollweg in Feldgrau zu sehen gewohnt war, und wo zuletzt Dr. Michaelis für kurze Zeit Platz genommen hatte. Der Präsident verkündet zunächst dem Hause die neuen Ministerernennungen. Er stattet dann den Dank des Reichstages an das Heer ab, spricht ferner den zurückgetretenen Reichskanzler Dr. Michaelis den Dank für die hohen Eigenschaften aus, mit denen er sich während seiner ganzen Laufbahn dem Vaterlande gewidmet hat, und er spricht dann von der Ernennung des neuen Kanzlers Grafen Hertling. Er erinnert daran, daß Dr. Hertling, bevor er dieses schwere Amt annahm und bevor er an die Spitze der bayerischen Regierung getreten ist, länger als 30 Jahre dem Reichstage angehört hat. Der Präsident schließt, indem er die Hoffnung ausspricht, daß die Kanzlerschaft dem Reiche zum Segen gereichen möge.

Sofort erhebt sich

Graf Hertling.

Der Reichskanzler spricht zunächst mit leiser Stimme, die aber allmählich stärker wird.

Er beginnt mit der Feststellung, daß der Kaiser ihn auf seinen Posten berufen habe, und er dankt dann dem Präsidenten für seine freundlichen Begrüßungsworte. Er erinnert ebenfalls daran, daß er 30 Jahre Mitglied des Hauses gewesen sei und seine Stellung zum Reichstage skizziert er mit folgenden Worten: „Ich habe in diesem 30 Jahren mit Angehörigen aller Parteien zusammengearbeitet. Als ich im Jahre 1912 an die Spitze der bayrischen Regierung berufen wurde, ging ich von hier fort mit dem Bewußtsein, hier manchen Freund zurückzulassen, aber auch manchen politischen Gegner, daß ich aber hier auch keinen persönlichen Feind im Parlament hatte." Das Haus quittiert auf diese Worte mit lebhaftem Beifall.

Der Reichskanzler fährt dann fort: **Wir stehen am Schlusse eines Jahres, das uns auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen weittreichende Entscheidungen gebracht hat. Stolz werden wir daran erinnert, daß fast überall unsere Waffen von Erfolg begleitet sind. Im Westen dauert die Flandernschlacht fast ohne Unterbrechung schon seit dem Juni an. Nahezu das gesamte englische Heer ist in der flandrischen Ebene in zahlenmäßiger Ueberlegenheit gegen unsere Front eingesetzt worden. Unsere Flandernfront bleibt völlig unerschüttert. Nach den vorstehenden Kämpfen in Flandern suchen die Engländer jetzt bei Cambrai eine neue Entscheidung. Aber ihre Hoffnungen haben sich nicht erfüllt.** (Beifall.) **Unsere Führer und Truppen sehen dem Ausgang des Kampfes mit voller Zuversicht entgegen. Die Franzosen haben bei Verdun örtliche Erfolge erreicht, aber es gelang ihnen nicht, sie weiter auszunehmen. Die italienische Armee hat einen großen Teil ihrer Kampffähigkeit verloren und den größten Teil ihres Kriegsmaterials. Der weitere Verlauf der Isonzo-Schlacht bedeutet die wirksame Entlastung unserer Westfront. — Die Flotte hat die auf sie gesetzten Hoffnungen durchaus erfüllt. Sie hat aber weiter die Aufgabe, den Stützpunkt für unsere U-Boote zu bilden.**

Der U-Bootkrieg ist das einzige erfolgreiche Mittel, um unseren gefährlichsten Feind an seinem Lebensnerv zu treffen. Wir können aber der Erwartung Ausdruck geben, daß dieser U-Bootkrieg uns auch an das Ende des Krieges führen werde.

So bietet der Blick auf die Kriegslage der Siegesgewißheit neue Nahrung. Wir können nicht die Kriegslage erwähnen, ohne uns mit dem Gefühl unauslöschlichen Dankes herzer zu erinnern, denen wir diese günstige Lage verdanken. Der gleiche Dank wie unserem Volke in Waffen, gebührt auch dem Volke in der Heimat. Alle Kreise haben an ihrem Teil mitgeholfen, die Führung des Krieges zu ermöglichen. Sammen, die uns in Friedensjahren fantastisch vorgekommen wären, sind durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht worden. Der zuletzt bewilligte Kredit nähert sich der Erschöpfung. Ich bitte den Reichstag, durch seine Zustimmung zu der neuen Vorlage wiederum zu erkennen zu geben, daß auch er zu jedem Opfer bereit ist.

Daß ein solcher Krieg nicht nur tiefe Spuren im Volksleben zurücklassen, sondern auch neue Aufgaben uns stellen werde, daß müßten wir beachten, auch wenn nicht die Geschichte früherer Zeiten darauf vorbereitete. Die Begriffe von Volk und Zeit sind jetzt von jedem einzelnen in ihrem ganzen Werte unmittelbar erkannt. Daher denn auch das große Interesse, das sich überall an den staatlichen Institutionen zeigt. Hier gilt es, das richtige zu erkennen und das Erkannte mit fester Hand durchzuführen. Es gilt, die Einrichtungen freuder Nationen nicht sklavisch nachzuahmen. Es gilt, das zu tun, was den realen Bedürfnis unseres Volkslebens entspricht. Mit erhobener Stimme fährt Graf Hertling fort: An den Grundlagen unserer Reichsverfassung darf und kann nichts geändert werden. Sie ist recht eigentlich aus dem historischen Charakter des deutschen Volkes heraus gewachsen. Die parlamentarische Vertretung ruht auf denkbar festester Basis. Wenn das auf dem festen Fundament sich bewegende politische Leben neuen Aufgaben erwächst, so wird die Reichsleitung solchen Wünschen und Anregungen jederzeit geneigtes Ohr leihen und sie einer sachgemäßen Prüfung unterwerfen. Als leitsätzerisch betrachte ich, daß die Sozialpolitik in der bisherigen Weise fortgeführt und ausgebaut werde. Dem Reichstag wird der Entwurf zu einem Gesetz zur Errichtung von Arbeitskammern vorgelegt werden. Ebenso wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der die Einschränkung der Koalitionsfreiheit bezweckt. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) **Sie alle wissen, in welche großzügiger Weise in dem nächtigsten deutschen Bundesstaate von der höchsten Stelle die Initiative zu einer weitgehenden Reform ergriffen worden ist. Was die Justiz betrifft, so bin ich gern bereit, der freien Meinungsäußerung zu ihrem Rechte zu verhelfen, soweit vaterländische Interessen nicht im Wege stehen. Gewisse Schranken werden sich im Kriege niemals vermeiden lassen. Es ist unser ernstes Bestreben, Mißstände und berechtigte Klagen abzustellen. In diesem Sinne haben bereits Verhandlungen mit den zuständigen militärischen Stellen stattgefunden, deren Ergebnis ein Erlaß des Kriegsministers vom 18. Nov. ist, der den Wünschen der Presse und des Reichstages Rechnung trägt. Namentlich im Verkehr von Zeitungen soll eine Milderung eintreten. Man möchte ich aber auch an Sie eine ernste Bitte richten: Lassen Sie alle Meinungsverschiedenheiten möglichst zurücktreten. Es gilt es zusammenzustehen, bis der Sieg errungen ist. Daß sie uns diesen Sieg nicht mit den Waffen entreißen können, beginnen unsere Feinde einzusehen. Nur einige Worte über die allgemeine Lage. Mein Vorgänger hat mir ein lebhaftes Gefühl hinterlassen, die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. Das Ziel dieser Bündnisse war überall dasselbe: Die Verwirklichung der nationalen Ideale und die Abwehr feindlicher Angriffe. Dem Opfermut und der Entschlossenheit unserer Verbündeten gilt auch heute unser Dank.**

Nun bin ich in der Lage, etwas neues mitzuteilen. (Sensation im Hause.) **Unter allgemeiner Stille fährt der Reichskanzler fort:**

Die russische Regierung hat gestern von Zarskoje Selo aus einen vom Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki und von dem Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Lenin unterzeichneten Funkentelegramm an die Regierungen und Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorgeschlagen hat, an einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzutreten, um dadurch einen allgemeinen Frieden anzubahnen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich in den bisher ja schon bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Friedensverhandlungen erblicke, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung dazu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen eine feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die Entwicklung der schweren Krisis des russischen Volkes und wünschen, daß es möglichst bald zu geordneten Verhältnissen kommen möge. Wir wünschen nichts mehr, als daß wir wieder zu guten nachbarlichen Beziehungen zu Russland zurückkehren dürfen, als ob der deutsche Militarismus an der Verlängerung des Krieges Schuld wäre, ein Ende bereitet worden: Ihm ist jeder Boden entzogen worden. Umgekehrt hat sich herausgestellt, wo der Herr des Militarismus zu suchen ist. In seiner letzten Rede hat Sonnino den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung vollkommen abgelehnt. Er meinte, man könne die stehenden Heere nicht entbehren wegen der Möglichkeit innerer Gefahren! Clemenceau ist in seinem Zynismus so weit gegangen, von der friedlichen Weltregementsicht, die in Zukunft an die Stelle der Waffengewalt treten soll. Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausdrücklich ausschließen. Lloyd George erklärt, das Ziel des Krieges sei die Vernichtung des deutschen Handels. Die dem Deutschen Reiche feindlich vorgeworfene Eroberungssucht ist jetzt durch die **Geheimverträge der Entente vor aller Welt ins helleste Licht gesetzt.** Unser Ziel war vom ersten Tage an die Verteidigung des Vaterlandes. Darum konnten wir den Friedensappell des Papstes begrüßen. Auch heute noch beseelt uns derselbe Geist. Aber diese Antwort auf die Papstnote darf von den Ententemächten nicht als ein Freibrief angesehen werden, den freventlichen Krieg ins ungemessene fortzusetzen. Die Verantwortung für das fortgesetzte Blutvergießen trifft die Ententemächte. Sie tragen die Verantwortung, sie werden auch die Folgen tragen. Möge sich das besonders Herr Sonnino, mögen sich das die übrigen italienischen Machthaber gesagt sein lassen, die dadurch, daß sie die Friedenshand des Papstes nicht ergriffen haben, den furchtbaren Zusammenbruch verschuldeten. Wünen sich das die Völker in Italien und Frankreich zur Warnung dienen lassen. Für uns kann die Parole ausschließlich nur sein: Abwarten, aushalten, durchhalten! Wir vertrauen auf Gott, auf unsere Armee, auf unsere Heerführer, auf unsere heldenmütigen Kämpfer, auf die sittliche Kraft unseres Volkes. Wenn Ehre und Heimat zusammenstehen, wird der Sieg unser sein. Darum werden Sie, meine Herren, mitbeisten. Ich weiß es, und deshalb bitte ich Sie nochmals um Ihre vertrauensvolle Mitwirkung. Mit diesen Worten schließt der Kanzler unter anhaltendem Beifall und lebhaftestem Händeklatschen.**

*

Als erster Diskussionsredner nimmt der Zentrumsabgeordnete **Trimborn** das Wort: Namens der Zentrumsfraktion habe ich folgendes zu erklären: Unsere militärischen Erfolge beweisen, daß unser Friedensville sein Ausdruck der Schwäche ist, sondern der aufrichtige Wunsch darnach, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Seit dem letzten Zusammentritt des Reichstages ist ein langjähriges Mitglied des Hauses zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt worden, während zu seinen Stellvertretern zwei hervorragende Führer parlamentarischer Fraktionen berufen worden sind. Diese Ernennungen bilden den Nahmen der auch von uns gewünschten engeren Stellungnahme zwischen Regierung und Volk. Das ist der deutsche Parlamentarismus, wie er unserer Geschichte entspricht. Was der Kanzler als seine nächsten Ziele mitgeteilt hat, dem stimmen wir restlos zu. Wir billigen die deutsche Antwort auf die Papstnote. Wir hoffen einen Verständigungsfrieden, aber auch einen Verständigungsfrieden ob. Wir ertreten einen Frieden der Verständigung. Die Ausführungen des Kanzlers über unser Verhältnis zu Russland finden unseren freudigen Beifall. Das deutsche Volk wünscht aufrichtig die besten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum neuen Russland. Die Wahlrechtsfrage in Preußen bewegt sich in der Richtung unserer Wünsche. Die ganze Welt soll wissen: Deutschland ist einig und wird einig bleiben. Jeder Versuch des Auslandes auf inneren Zwist wird sich als trügerisch erweisen.

Dann kam der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann zu Wort: Zunächst gebe ich unserer Freude Ausdruck über die Mitteilung des Kanzlers über das russische Friedensangebot. Wir sind verpflichtet, nicht nur alles zu tun, um den Kämpfern an der Front ihre Lage zu erleichtern, sondern wir müssen alles tun, um den Kriege so bald als möglich ein Ende zu bereiten. Wir den Männern, die jetzt an der Spitze der Regierung stehen, haben wir früher in lebhaftem politischen Kampfe gestanden. Was uns von ihnen trennt, verschwindet vor seinem Augenblick. Wenn die anderen Parteien und die Regierung etwas erfreuen, was wir für einen Fortschritt halten, dann werden wir sie stets unterstützen. Wir halten es für einen Fortschritt, wie die neue Regierung zustande gekommen ist. Die Bedeutung der letzten Regierungsschritte wollen wir nicht verkennen, aber auch nicht verkleinern, weil wir den Fortschritt sonst wieder verlieren könnten. Wir gibt es kein rückwärts, sondern nur ein „Vorwärts". Wir gehen mit der neuen Regierung nicht durch dick und dünn. Es kann leicht ein Punkt eintreten, wo wir nicht mit der Regierung übereinstimmen. Es ist aber nicht unsere Absicht, solche Schwierigkeiten zu machen. Das deutsche Volk kämpft nicht für polnische Königskronen und litauische und kurländische Herzogshüte. Es ist gut, daß der Kanzler ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont hat. Die deutsche Sozialdemokratie begrüßt leidenschaftlich den großen Schritt zum Frieden, den die russische Revolution getan hat und ist bereit, ihn mit allen Kräften zu unterstützen. Schaffen Sie Freiheit für die Presse! Sie haben, Herr Kanzler, einen schweren Kampf mit den militärischen Behörden zu führen, aber es muß so schnell wie möglich mit diesen Zuständen aufgeräumt werden. Wir werden die neue Regierung darnach beurteilen, was sie für den Frieden tut. Unsere Regierung muß der Bewegung, die unter den verschiedensten Umständen in Rußland und Deutschland unwiderstehlich geworden ist, auch in den Feindesländern zum Durchbruch verhelfen. Rußland ist nicht der Verlierer dieses Kampfes. Diejenigen werden zuletzt die Geschlagenen sein, die den gewaltigen Mächten der Zukunft, den Arbeiterklassen, der Kriegs bis zum Ende geschworen haben. Diejenigen sind die aufstrebenden Mächte. Die mit der Zukunft im Bunde stehen. Ich hoffe, daß deutsche Volk wird unter ihnen sein.

Der Volksparteiler **Fischbeck** gab folgende Erklärung: Wir bewilligen den angeforderten Kredit und bekunden damit aufs neue den unerschütterlichen Willen, alle Opfer zu bringen, um den gegen uns gerichteten Vernichtungswillen der Feinde siegreich niederzuringen. Wir erneuern vor aller Welt das Bekenntnis, daß nicht Eroberungslust uns treibt, daß wir aber die Waffen nicht aus der Hand legen wollen, ehe nicht Deutschlands Freiheit, die Selbständigkeit und Unversehrtheit seines Gebietes und sein Recht auf freie Entwicklung von den Gegnern anerkannt und alle Pläne ausgegeben sind, durch Maßnahmen wirtschaftlicher Absperrung besonders Wiederaufbau unseres Vaterlandes hintanzuhalten. In der Antwort auf die Papstnote ist zum Ausdruck gebracht, daß auch in welchem Geiste die Regierung des Reiches und mit ihr die gewaltige Mehrheit des Volkes bereit ist, gegenüber ehrlichem Willen der Verständigung und Versöhnung die Hand zum Frieden zu reichen. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß der neu berufene Herr Reichskanzler sich zu gleichen Zielen bekannt hat. Wir billigen seine darüber abgegebenen Erklärungen. Es ist unsere Meinung, daß demgemäß auch ein etwa von Rußland an uns gelangendes Angebot friedlicher Annäherung ehrlich geprüft und in entgegenkommendem Sinne aufgenommen werde, sofern die russische Regierung in der Lage ist, getroffene Vereinbarungen zu verbürgen. Heute wie ehedem hat das deutsche Volk gegenüber dem russischen Nachbar den Wunsch nach dauernden freundschaftlichen und friedlichen Nebeneinanderleben. In innerpolitischer Hinsicht begrüßen wir es, daß alsbald nach den Amtsantritt des gegenwärtigen Herrn Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten die Wahlvorlage in Preußen eingebracht worden ist.

Nach dem Abgeordneten Fischbeck spricht der nationalliberale Führer Dr. **Stresemann**: Unsere politische Lage steht unter dem Eindruck der gewaltigen Kämpfe in Italien und der neuen großen Umwälzung in Rußland. Heute tönt aus den Reihen des russischen Volkes ein Waffenstillstandes oder Friedensangebot. Die Sehnsucht nach Frieden ist groß, erfüllt uns an uns gelangt. Unsere Stellung ist durch die bisherige deutsche Politik gegeben. Nicht im Sinne eines neuen Friedensangebotes von unserer Seite! Deutschland hat auf der vollen Höhe seiner militärischen und wirtschaftlichen Lage seine Friedensbereitschaft wiederholt betont. Die Feinde haben Angebote als Zeichen der Schwäche deuteten, sehen heute ein, wie ehrlich diese Auffassung war. Wenn Rußlands Regierung den Frieden wünscht, kann sie wissen, daß Deutschland in allen seinen Schichten die Wiederherstellung der alten autnachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum russischen Volk begrüßen wird. In dem Gedanken, den russischen Friedensvölkern die Freiheit ihrer eigenen künftigen Entwicklung zu geben, scheint eine Grundlage für eine zukünftige Verständigung zu liegen. Die Regierung wird unserer Unterstützung gewiß sein, wenn sie in diesem Sinne eine Zukunftsentwicklung anbahnt, die uns das Nebeneinanderleben mit den großen östlichen Nachbarvölkern unter Sicherung unserer eigenen militärischen und wirtschaftlichen Interessen gewährleistet. Dem späteren Beschluß auf die Friedensresolution des Reichstages konnten meine Freunde nicht zustimmen. Sie erachteten diese Erklärung für überflüssig. Die Gemeinsame erforderte ein engeres Zusammenwirken politischer Parteien und Volksvertretern. Der Eintritt früherer Parlamentarier ist eine wichtige Grundlage eines solchen Zusammenwirkens. Wir sind überzeugt, daß die Monarchie in ihrer starken Stellung dadurch nur gewinnen kann. Wir stehen, wenn nicht alles täuscht, am Endkampf des gewaltigen Völkerringens. Wir hoffen, daß auch der neu berufene Reichstagstagung aufs neue zeigen wird, daß das deutsche Volk in den großen Grundzielen seines Wollens diese Geschlossenheit stets zeigen wird!

Der nächste Redner ist der Führer der Konservativen, **Graf Westarp**: Aus grundsätzlichen Gründen müssen wir schärfste Einsprache erheben gegen die Vorgänge, die zur Entlassung des Reichskanzlers Dr. Michaelis geführt haben. Die Beseitigung dieses Kanzlers war aus dem demokratischen Lager von Anfang an ein Ziel, das gestellt worden, wohl dieser Kanzler ohne vorherige Zustimmung des Reichstages ernannt worden ist. Auch bei der Ernennung des Grafen Hertling scheint uns die Geschäftsordnung des Reichstages nicht genügend gewahrt zu sein. Nach unwidersprochenen Darstellungen wurde die Ernennung des Herrn von Payer zum Vizekanzler auf Drängen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen dem jetzigen Kanzler abgenötigt. (Große Unruhe links und im Zentrum.) Aus diesem Grunde große Sorge. Hoffentlich gehen dessen überaus reiche praktische Erfahrung und große Gewandtheit vor allem schützen lernen. (Stürmische Heiterkeit links und im Zentrum.) Jedenfalls müssen wir feststellen, daß diese ganze Entwickelung einen Eingriff in die Verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers darstellt. Wir können nicht verkennen, daß der Kanzler nicht Minister erblicken, die ihren Auftrag allein aus der Hand des Kaisers haben, sondern wir müssen feststellen, daß ihre politische Tätigkeit in Vereinbarung mit der Reichstagsmehrheit aufgestellt worden ist. Trotz dieser außerordentlich schweren Bedenken treten wir Konservativen nicht in eine grundsätzliche Opposition ein. Wir werden auch dem neuen Kanzler gegenüber wir sachliche Politik treiben. Ueber die Wünsche und Grundsätze der konservativen Partei sind Regierung und Parteien zur Tagesordnung übergegangen. Man hat uns ausgeschlossen, weil man wußte, daß wir unter allen Umständen Bedenken gegen diesen Kampfes nicht im Stiche lassen würden. Auf Kern Gebiete der äußeren Politik halten wir nach wie vor die Friedensentschließung des Reichstages für einen Fehler. „Die Vorschläge der Kaiserlichen Kanzlei sind den Friedensbestrebungen der Ententemächte gegenüber, Jetzt ist eine andere Sprache am Platze. Bei den Friedensverhandlungen kann aufschließlich entscheidend sein, was unseren Interessen frommt. Diese Sprache hätten wir und das deutsche Volk vom Reichskanzler zu hören gewünscht. (Unruhe und Lachen links.) Im erneuten Friedensbeteuerungen sieht das Ausland nur Hinterhalt oder Schwäche. Die Mitteilung des Kanzlers über das Angebot der russischen Regierung war erfreulich. Wir wünschen ihm alles Gute, wir nüchtern und ruhig nur unter dem Gesichtspunkte, welche Vorteile sich für Deutschland aus ihr ergeben. Jede Partei in Rußland muß den Frieden schaffen und deshalb können wir, ohne irgendwie die Kriegsbereitschaft zu verlangen, bei den Friedensverhandlungen voraussetzen, was in unserem Interesse liegt. So wird es gelingen, den russischen Krieg seinem Ende entgegen zu führen. (Zuruf links: Mit solchen Reden nicht.)

Als Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie ergreift der Abgeordnete **Haase** das Wort: Während die Konservativen sich bisher mit dem Zarismus so fleißen verbündet gefühlt haben, scheint Graf Westarp jetzt seine Verwichtung als ein Verbrechen zu betrachten. Unsere Militärdiktatur hat auf das russische Waffenstillstandsangebot geradezu feindlich reagiert. Dieses Waffenstillstandsangebot muß richtig bewertet werden. Die Mächte über die besetzten Gebiete im Osten trugen den Stempel der dunkelsten Kabinettspolitik. Die russische Regierung hat einen heftigen Schlag gegen die geheime Diplomatie geführt. Möge die neue russische Regierung einen zweiten Schlag gegen sie führen! Soll die Friedensstär, die sich langsam gebildet hat, nicht sofort ausgeschlossen werden, so muß die Regierung sich über die Kriegsziele im Osten und Westen unumwunden aussprechen. Man versucht, die unabhängige Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es gibt nur einen Weg der Rettung aus dem Widersprüchen: den internationalen Klassenkampf!

Der Abgeordnete **Scheidemann** verwahrt sich gegen den Vorwurf Haases, als ob die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien vorher gewußt hätten, daß den Marineattaschiefrtär von Capelle einen Vorstoß gegen die unabhängigen Sozialdemokraten unternehmen werde. Im Gegenteil sei dieser Plan von Vertretern aller Parteien abgelehnt worden. Alles, was Herr Haase vorgetragen hat, sei nur ein Arsenal für die Alldeutschen in England und Frankreich. Da erklärt der Kanzler, daß er für den Verständigungsfrieden ist: das ist also nichts für Herrn Haase. Wenn ich selbst eine ehrliche Politik treibe, muß ich auch jedem anderen zutrauen, daß er es ehrlich meint. Haase antwortete: Gerade die Taktik Scheidemanns gibt dem Auslande Waffen in die Hand.

Darauf wird die Kreditvorlage in erster und zweiter Lesung angenommen. Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 12 Uhr, wo die dritte Lesung der Kreditvorlage und die Abänderung des Kohlensteuergesetzes zur Beratung stehen wird.

Die Erweiterung des deutschen Sperrgebiets.

II.

Auch die Geleitzüge, die allerdings nur eine zweifelhaft Sicherheit boten, da sie faktbilizen U-Boot führern vielfach sogar Gelegenheit zu besonders reicher Beute geben, werden in Zukunft bereits viel früher auf hoher See vor der so weit hinausgeschobenen Sperrgebietsgrenze zusammengestellt werden müssen. Sollte aber England es trotzdem versuchen, den Ausbau des neuen Sperrgebiet, den auch das neue Sperrgebiet um die Azoren zuzurechnen wäre, eine Bewachung durchzuführen, die auch nur einigermaßen Erfolg verspräche, so wäre das nur möglich mit einem erheblich verstärkten Aufwand von Schiffen, Kohlen und Menschen, die dadurch einer anderweitigen Verwendung gegen uns entzogen werden. Vor allem aber ist die Erweiterung des Sperrgebiets nach Westen und die Neuschaffung des Sperrgebiets um die Azoren besonders wichtig, weil England in der Hauptsache auf Zuführen aus Amerika, die in dieser Richtung erfolgen müssen, angewiesen ist, da der stark zusammengeschmolzene Schiffsraum eingetonnenermaßen Zuführen aus anderen Gebieten, insbesondere aus Australien, wo große Mengen Getreide und Fleisch vergeblich der Verschiffung harren, nicht mehr gestattet.

Was für die Ausdehnung der Seesperre um England, gilt in gleicher Weise auch für die neugeschaffene Sperre um die Azoren. Sie behrobt besonders die Zuführen aus Amerika, für die von den Amerikanern infolge der Gefährdung der anderen Zuführtslinien nach England dort ein wichtiger Umschlagsort geschaffen worden ist, besten Weiterentwicklung die neue Sperre hoffentlich in der Blüte knicken wird. Uebrigens macht die Wahl des Ortes, wo die Amerikaner nach Ersatz für militärischen Zuführen zu richten gedachten und wohl auch bereits gerichtet haben, ihrem militärischen Scharfblick alle Ehre, da die Azoren sich, zumal für ein imperialistisches Amerika, dem Präsident Wilson mit weltblickender Politik bereits die Wege geebnet hat, vorzüglich als Stützpunkt gegen Westeuropa, besonders also England und Frankreich, eignen besitzen.

Die Beseitigung der bisherigen Einschränkung im Sperrgebiet des Mittelmeeres rechtfertigt der Eintritt Griechenlands in den Kreis unserer Gegner, und zwar um so mehr, als die Regierung Venizelos, diese Griechenland zur Versorgung mit Lebensmitteln geradezu wahre Hungerpolitik betrieben hat, um die magedonische Front unserer Feinde mit Kriegsmaterial zu versehen, und zwar in solchem Umfange, daß nach den letzten Nachrichten die Lebensmittelversorgung Griechenlands wiederum ernsthaft in Frage gestellt ist.

So sehr sich diese Maßnahme gegen unsere Feinde, besonders England und Amerika, richtet, so peinlich ist andererseits dabei auf die Interessen der Neutralen Rücksicht genommen worden, besonders auf die Spaniens, dessen Handelswege nach Amerika und den La Plata-Staaten auch durch das Sperrgebiet um die Azoren keine Einschränkung erfahren haben.

Kriegsallerlei.

Cabornas Regenschirm.

Vom italienischen Kriegsschauplatz schreibt ein deutscher Krieger einem Grager Blatt: Wir machten in strömenden Regen eine Wertestunde Rast, „Himmeldonnerwetter", fluchte neben mir ein alter Landsturmmann, „wo blieb Cabornas Regenschirm, der verflucht hat!" Aber dieses sonst so nützliche Möbel war nirgends zu finden, und so mußte es auch so gehen. Ein scharfer Befehl erinnerte uns daran, daß es Krieg ist und der Feind verfolgt sein „will". So hatte denn auch diese Wertestunde ein Ende. In kurzer Zeit stand die Kolonne abmarschierbereit da, als auf einen Nachzügler. Siehe wollte der Häuptling in ein Donnerwetter auf italienischem Boden ausbrechen, als ihn ein furchtbares Lachen schüttelte: der Nachzügler kam mit einem . . . Regenschirm an. Den schwang er hoch in seiner Linken, und wer das Bild sah, konnte länger als eine halbe Stunde darüber nicht mehr ernst werden. Sie haben wir doch Cabornas Regenschirm unter den italienischen Beute gefunden . . .

*

Am Stammtisch. „Na, Müller, sind Sie auch mal wieder da?" — „Sie kommen mir vor wie 'ne englische Kriegsfage!" — „Aber wieso denn?" — „Na, weil man Sie so selten zu sehen kriegt!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191711303/fragment/page=0002